

296

Förderrichtlinie des Thüringer Ministeriums für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Marktstrukturverbesserung

Neufassung der Förderrichtlinie des Thüringer Ministeriums für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt vom 04.06.2008 (ThürStAnz Nr. 27/2008 S. 1011 – 1016)

1 Zuwendungszweck, Rechtsgrundlage

1.1 Zuwendungszweck

Die Förderung zielt darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit von Erzeugerzusammenschlüssen sowie Unternehmen der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu verbessern, um auf diese Weise zur Absatzsicherung oder zur Schaffung von Erlösvorteilen auf der Erzeugerebene beizutragen.

Die Förderung leistet einen Beitrag dazu, die Erfassung, Verarbeitung und Vermarktung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen im Hinblick auf Art, Menge und Qualität des Angebotes an die Erfordernisse des Marktes anzupassen. Die Ziele und Indikatoren der Förderrichtlinie sind in Ziffer 5.3.1.2.3 der Förderinitiative Ländliche Entwicklung Thüringen (FILET) unter Code 123 (Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse) formuliert.

1.2 Rechtsgrundlage

Der Freistaat Thüringen gewährt auf der Grundlage

- der Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) mit den geltenden Durchführungsverordnungen, insbesondere Verordnung (EG) Nr. 1974/2006 sowie Verordnung (EU) Nr. 65/2011 in den jeweils geltenden Fassungen,
- der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik mit den jeweils geltenden Durchführungsverordnungen,
- der von der Europäischen Kommission genehmigten Nationalen Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland für die Entwicklung ländlicher Räume in der jeweils geltenden Fassung,
- der Förderinitiative Ländliche Entwicklung in Thüringen (FILET), Förderzeitraum 2007 – 2013, genehmigt durch die Europäische Kommission am 26. November 2007 in der jeweils geltenden Fassung,
- des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK-Gesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Juli 1988 (BGBl. I S. 1055), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 09.12.2010 (BGBl. 2010 Teil I Nr. 63 S. 1934) in Verbindung mit dem jeweils geltenden Rahmenplan und den dort aufgeführten beihilferechtlichen Grundlagen, insbesondere den Grundsätzen für die Förderung der Marktstrukturverbesserung (Teil D. Investitionen),
- der §§ 23 und 44 der Thüringer Landeshaushaltsordnung (ThürLHO), der hierzu jeweils geltenden Verwaltungsvorschriften sowie der §§ 48, 49 und 49 a des Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetzes (ThürVwVfG)

nach Maßgabe dieser Förderrichtlinie finanzielle Zuwendungen zur Förderung von Investitionen.

- 1.3 Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung der Zuwendungen besteht nicht. Die Bewilligungsstelle entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

2 Begriffsbestimmungen

- 2.1 Zusammenschlüsse sind Erzeugergemeinschaften und deren Vereinigungen sowie Erzeugerzusammenschlüsse.
- 2.2 Erzeugergemeinschaften und deren Vereinigungen sind Zusammenschlüsse nach dem Marktstrukturgesetz bzw. Agrarmarktstrukturgesetz (Folgegesetz).
- 2.3 Erzeugerzusammenschlüsse sind Zusammenschlüsse von mindestens 5 Erzeugern, die Qualitätsprodukte erzeugen.
- 2.4 Unter der Verarbeitung eines landwirtschaftlichen Erzeugnisses ist die Einwirkung auf ein Erzeugnis, das im Anhang I des EG-Vertrages genannt ist, zu verstehen, bei der auch das durch die Einwirkung entstehende Produkt zu den im vorgenannten Anhang aufgeführten Erzeugnissen zählt.
- 2.5 Qualitätsprodukte sind zum menschlichen Verzehr bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse,
- deren Bezeichnungen nach der Verordnung (EG) Nr. 509/2006 des Rates vom 20.03.2006 (ABl. Nr. L 93 vom 31.03.2006 S. 1) oder der Verordnung (EG) Nr. 510/2006 des Rates vom 20.03.2006 (ABl. Nr. L 93 vom 31.03.2006 S. 12) geschützt sind,
 - die gemäß der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates vom 28. Juni 2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 (ABl. Nr. L 189 vom 20.07.2007 S. 1) sowie der zu ihrer Durchführung erlassenen Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaft in der jeweils geltenden Fassung erzeugt werden sowie einem entsprechenden Kontrollverfahren unterliegen,
 - die nach anerkannten Lebensmittelqualitätsregelungen erzeugt werden, oder
 - Wein mit einer geschützten Ursprungsbezeichnung oder geografischen Angabe gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1234/2007 des Rates vom 22. Oktober 2007 (ABl. Nr. L 299 vom 16.11.2007 S. 1) in der Fassung der Verordnung (EG) Nr. 1140/2009 des Rates vom 20. November 2009 (ABl. Nr. L 312 vom 27.11.2009 S. 4).
- Die Besonderheit eines im Rahmen anerkannter Lebensmittelqualitätsregeln erzeugten Endprodukts ergibt sich aus detaillierten Verpflichtungen im Zusammenhang mit landwirtschaftlichen Methoden, die Folgendes gewährleisten:
- besondere Merkmale – auch des Erzeugungsprozesses oder
 - eine Qualität des Enderzeugnisses, die hinsichtlich der menschlichen, tierischen und pflanzlichen Gesundheit des Tierschutzes und des Umweltschutzes erheblich über die handelsüblichen Warennormen hinausgeht.
 - Die Regelungen umfassen verbindliche Produktspezifikationen. Die Einhaltung dieser Spezifikationen wird von einer unabhängigen Kontrolleinrichtung überprüft.
 - Die Regelung steht allen Erzeugern offen.
 - Die Regelungen sind transparent und gewährleisten eine vollständige Rückverfolgbarkeit der Erzeugnisse.

Die Regelungen entsprechen derzeitigen und vorhersehbaren Absatzmöglichkeiten.

2.6 Die Einstufung in Kleinstunternehmen sowie kleine und mittlere Unternehmen erfolgt nach Maßgabe des Anhangs I der Verordnung (EG) Nr. 800/2008 der Kommission vom 06.08.2008 zur Erklärung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Gemeinsamen Markt in Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag (ABl. L 214 S. 3 ff.):

- Kleinstunternehmen sind Unternehmen, die
 - weniger als 10 Mitarbeiter und
 - einen Jahresumsatz oder eine Jahresbilanzsumme von höchstens 2 Mio. € haben.
- Kleine Unternehmen sind Unternehmen, die
 - weniger als 50 Mitarbeiter und
 - einen Jahresumsatz oder eine Jahresbilanzsumme von höchstens 10 Mio. € haben.
- Mittlere Unternehmen sind Unternehmen, die
 - weniger als 250 Mitarbeiter und
 - einen Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. € oder eine Jahresbilanzsumme von höchstens 43 Mio. € haben.

Förderrechtlich maßgeblich ist die Einstufung des Zuwendungsempfängers zum Zeitpunkt der Bewilligung.

3 Gegenstand der Förderung

3.1 Förderfähig sind angemessene Ausgaben für Investitionen, die der Erfassung, Lagerung, Kühlung, Sortierung, marktgerechten Aufbereitung, Verpackung, Etikettierung, Verarbeitung oder Vermarktung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse dienen.

Die Investitionen können auf den Neu- und Ausbau von Kapazitäten einschließlich technischer Einrichtungen oder auf die innerbetriebliche Rationalisierung durch Umbau und/oder Modernisierung von technischen Einrichtungen gerichtet sein.

Der Investitionsstandort muss sich im Freistaat Thüringen befinden.

Die Förderung bezieht sich auf nachfolgend aufgeführte landwirtschaftliche Sektoren:

- ökologische Erzeugnisse,
- Vieh und Fleisch,
- Eier und Geflügel,
- Milch,
- andere tierische Erzeugnisse,
- Saat- und Pflanzgut,
- Heil- und Gewürzpflanzen,
- Kartoffeln,
- Getreide, Öl- und Hülsenfrüchte (ohne Ölmühen),
- Obst und Gemüse,
- nachwachsende Rohstoffe,
- andere pflanzliche Erzeugnisse.

Mit der Förderung soll ein Anreiz für die Durchführung von Investitionen zur Verbesserung der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse des Anhangs I des EG-Vertrages geschaffen werden.

3.2 Zu den zuschussfähigen Ausgaben können allgemeine Ausgaben für Architekten- und Ingenieurleistungen, Beratungsgebühren, Durchführbarkeitsstudien und andere Ausgaben der Vorplanung bis zu einem Höchstsatz von 12 % der unter Nr. 3.1 genannten Ausgaben zählen.

3.3 Vorhaben sind innerhalb von drei Jahren durchzuführen. Sie können sich in Bauabschnitte gliedern.

3.4 Förderausschluss

Von der Förderung sind ausgeschlossen:

- 3.4.1 Neuanlagen, wenn dem Aus- oder Umbau vorhandener Anlagen oder dem Ankauf von für das Vorhaben geeigneten Gebäuden, die vor ihrem Ankauf einem anderen Zweck dienten oder nicht zum gleichen Zweck bereits gefördert wurden, wirtschaftlich der Vorzug zu geben ist;
- 3.4.2 eingebrachte Grundstücke, Gebäude, Einrichtungen und technische Anlagen;
- 3.4.3 Ersatzbeschaffungen, Eigenleistungen, gebrauchte Maschinen und Einrichtungen;
- 3.4.4 Wohnbauten nebst Zubehör;
- 3.4.5 Anschaffungsausgaben für Personenkraftfahrzeuge und Vertriebsfahrzeuge, Ausgaben für Büroeinrichtungen;
- 3.4.6 Kreditbeschaffungskosten, Zinsen, Pachten, Erbbauzinsen, Grunderwerbsteuer, Umsatzsteuer, Kauf von Patenten und Lizenzen sowie Marken;
- 3.4.7 Abschreibungsbeiträge für Investitionen;
- 3.4.8 Ausgaben, die unmittelbar der Erzeugung dienen;
- 3.4.9 Ausgaben, die dem Absatz auf der Erzeuger- und Einzelhandelsstufe dienen;
- 3.4.10 Ausgaben für Drittlandsware;
- 3.4.11 Verwaltungsausgaben der Länder;
- 3.4.12 Unternehmen, die die Voraussetzungen der Definition eines Unternehmens in Schwierigkeiten nach den Leitlinien der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen zur Rettung und Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten (2004/C 244/02) erfüllen;
- 3.4.13 Ausgaben für die Schlachtung von Schweinen, Rindern und Geflügel jeweils von der Betäubung/Tötung bis einschließlich der Abkühlung der Schlachtkörper entsprechend Kapitel VII Ziffer 1 der Verordnung (EG) Nr. 853/2004 mit spezifischen Hygienevorschriften für Lebensmittel tierischen Ursprungs, soweit die Unternehmen größer als Kleinst- oder kleine Unternehmen im Sinne des Anhangs I der Verordnung (EG) Nr. 800/2008 sind;
- 3.4.14 Ausgaben für Ölmühen;
- 3.4.15 Leasing von Wirtschaftsgütern;
- 3.4.16 Wirtschaftsgüter und Leistungen, die von verbundenen oder sonstigen wirtschaftlich, rechtlich oder personell verflochtenen Unternehmen bezogen werden;
- 3.4.17 immaterielle Wirtschaftsgüter.

4 Zuwendungsempfänger

Gefördert werden:

- 4.1 Erzeugergemeinschaften und deren Vereinigungen
- 4.2 Erzeugerzusammenschlüsse, die Qualitätsprodukte erzeugen, sofern sie nicht die Anerkennungs Voraussetzungen nach dem Marktstrukturgesetz bzw. Agrarmarktstrukturgesetz erfüllen. Im Bereich Obst und Gemüse sind solche Zusammenschlüsse von der Förderung ausgeschlossen, sofern sie einen Jahresumsatz von mehr als 1,5 Millionen Euro erreichen.

4.3 Unternehmen der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, deren Tätigkeit sich nicht gleichzeitig auf die Produktion landwirtschaftlicher Grunderzeugnisse erstreckt.

4.4 Zusammenschlüsse nach 4.1 und 4.2 sowie Unternehmen nach 4.3 können nur gefördert werden, wenn sie weniger als 750 Personen beschäftigen oder einen Jahresumsatz von weniger als 200 Millionen Euro erzielen. Zur Berechnung der Mitarbeiterzahl und des finanziellen Schwellenwertes eines Zusammenschlusses/Unternehmens findet der Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 800/2008 entsprechende Anwendung.

4.5 Regelung bei Betriebsaufspaltungen

Bei Auseinanderfallen von Investor und Betreiber (Betriebsaufspaltungen) müssen nachfolgende Voraussetzungen erfüllt sein:

- Zwischen Investor und Betreiber muss eine über die bloße Verpachtung hinausgehende personelle und wirtschaftliche Verflechtung bestehen (Personenidentität von mindestens 50 %).
- Zwischen Investor und Betreiber ist zumindest für die Dauer der förderrechtlichen Zweckbindung eine vertragliche Verpflichtung über die Überlassung bzw. zweckbestimmte Nutzung der geförderten Wirtschaftsgüter zu vereinbaren.
- Investor und Betreiber haften für die zweckbestimmte Nutzung des Förderprojektes gemeinsam.
- Für die Rückzahlung der Zuwendungen haften Investor und Betreiber gesamtschuldnerisch.
- Die geförderten Wirtschaftsgüter sind beim jeweiligen Investor in der Anlagenbuchhaltung zu aktivieren.

4.6 Zuwendungsempfänger, die einer Rückforderungsanordnung auf Grund einer Entscheidung der Europäischen Kommission zur Feststellung der Rechtswidrigkeit und Unvereinbarkeit einer Beihilfe mit dem Gemeinsamen Markt nicht Folge geleistet haben, sind von Einzelbeihilfen ausgeschlossen.

5 Zuwendungsvoraussetzungen

5.1 Zusammenschlüsse nach Nr. 4.1 müssen eine Anerkennung nach dem Marktstrukturgesetz bzw. Agrarmarktstrukturgesetz vorweisen.

5.2 Zusammenschlüsse nach Nr. 4.2 müssen nachfolgend aufgeführte Voraussetzungen erfüllen:

5.2.1 Die Zusammenschlüsse müssen – unabhängig von ihrer Rechtsform – auf Dauer, mindestens aber für fünf Jahre, angelegt sein. Die dem Zusammenschluss zugrunde liegenden Verträge bedürfen der Schriftform und müssen der Zielsetzung der Förderung entsprechen.

5.2.2 Die Mitgliedschaft in einem Zusammenschluss kann frühestens zum Schluss des dritten vollen Geschäftsjahres gekündigt werden. Die Kündigungsfrist beträgt mindestens ein Jahr.

5.2.3 Bei einer wesentlichen Erweiterung des Zusammenschlusses beginnt die Frist von fünf Jahren mit dem Zeitpunkt der wesentlichen Erweiterung erneut.

5.2.4 Der dem Zusammenschluss zugrunde liegende Vertrag und sonstige Unterlagen müssen die Konzeption des Zusammenschlusses aufzeigen. Die Konzeption muss erkennen lassen, dass

- die unterstellten Produktpreise, Produktions- und Absatzmengen erreicht werden können und

- sie zur Sicherung des landwirtschaftlichen Einkommens beiträgt oder

- neue Märkte erschließt oder

- der wachsenden Nachfrage nach diesen Produkten entgegenkommt.

5.3 Unternehmen nach Nr. 4.3 können nur gefördert werden, wenn sie mindestens fünf Jahre lang mindestens 40 % ihrer Aufnahmekapazität an den Erzeugnissen, für die sie gefördert werden, durch Lieferverträge mit Zusammenschlüssen oder einzelnen Erzeugern auslasten.

Von dem Erfordernis des Abschlusses von Lieferverträgen kann bei Investitionen in Vermarktungseinrichtungen für Blumen und Zierpflanzen, Verarbeitungseinrichtungen von Obst, sofern es sich um zu verarbeitendes Erntegut von Streuobstwiesen handelt und bei Tierkörperbeseitigungsanlagen abgesehen werden.

5.4 Es ist im Rahmen des Investitionsplanes ein Nachweis über die Wirtschaftlichkeit des Vorhabens sowie normaler Absatzmöglichkeiten zu führen.

5.5 Die Förderung erfolgt unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall, dass die geförderten

- Bauten und bauliche Anlagen innerhalb eines Zeitraums von zwölf Jahren ab Fertigstellung und

- technischen Einrichtungen innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren nach Abschluss des Vorhabens

veräußert, verpachtet, stillgelegt oder nicht den Zuwendungsvoraussetzungen entsprechend verwendet werden.

6 Art, Umfang und Höhe der Zuwendungen

6.1 Die Zuwendung wird als nicht rückzahlbarer Zuschuss im Rahmen einer Projektförderung als Anteilsfinanzierung gewährt.

6.2 Bei Investitionen von Zuwendungsempfängern

6.2.1 nach Nrn. 4.1 und 4.2, die Kleinstunternehmen, kleine oder mittlere Unternehmen im Sinne des Anhangs I der Verordnung (EG) Nr. 800/2008 sind, können Zuwendungen bis zu 35 %,

6.2.2 nach Nr. 4.3, die Kleinstunternehmen, kleine oder mittlere Unternehmen im Sinne des Anhangs I der Verordnung (EG) Nr. 800/2008 sind, können Zuwendungen bis zu 25 % der förderfähigen Ausgaben gewährt werden.

6.3 Bei Investitionen von Zuwendungsempfängern nach Nrn. 4.1 bis 4.3, die nicht von Artikel 2 des Anhangs I der Verordnung (EG) Nr. 800/2008 erfasst werden, können Zuwendungen bis zu 20 % der förderfähigen Ausgaben gewährt werden.

6.4 Die Investitionszulage nach dem Investitionszulagengesetz wird auf die Fördersätze nach Nrn. 6.2 und 6.3 nicht angerechnet. Unter Einschluss der Investitionszulage dürfen jedoch Zuwendungen nach Nr. 6.2 nicht mehr als 50 % und Zuwendungen nach Nr. 6.3 nicht mehr als 25 % der förderfähigen Ausgaben betragen.

6.5 Die Zuwendung nach Nrn. 6.1 bis 6.3 ist auf 4 Mio. € je Projekt begrenzt.

7 Verfahren

7.1 Antrag

7.1.1 Zuwendungsempfängern wird empfohlen, vorab eine Anfrage zur grundsätzlichen Förderfähigkeit des geplanten Vorhabens an die Thüringer Aufbaubank zu richten.

- 7.1.2 Die Anträge sind auf vorgegebenen Formularen vor Beginn des Investitionsvorhabens bei der Thüringer Aufbaubank einzureichen.
Die Antragsunterlagen sind auf der Internetseite der Thüringer Aufbaubank abrufbar (www.aufbaubank.de).
Neben dem Antrag sind alle im Antragsformular genannten ergänzenden Antragsunterlagen einzureichen. Liegen diese nicht innerhalb einer Frist von 3 Monaten nach Eingang des Antrages bei der Thüringer Aufbaubank vor, wird der Antrag grundsätzlich abgelehnt.
Zur Antragstellung und als Grundlage für die Bewilligung ist eine Aufstellung der Investitionsausgaben vorzulegen, die der Bewilligungsbehörde die Zuordnung der zu fördernden Investitionen zum Vorhaben ermöglicht (Investitionsliste).
Mit dem Antrag ist eine Erklärung des Antragstellers über die Kenntnis der Bestimmungen über die missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen abzugeben.

7.2 Bewilligung

- 7.2.1 Bewilligungsstelle ist die Thüringer Aufbaubank.
- 7.2.2 Der Bewilligungsstelle obliegt die Antragsannahme, die Antragsprüfung und Bewilligung sowie der Nachweis und die Prüfung der Verwendung, die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung.

Die Kontrolle der Zweckbindung und eventueller Auflagen des Zuwendungsbescheides im Zeitraum der Zweckbindung ist ebenfalls Aufgabe der Bewilligungsstelle.

7.2.3 Bagatellgrenzen

Investitionsvorhaben mit einem Zuschussbetrag unter 5.000 Euro werden nicht bewilligt.

7.3 Auszahlung, Verwendungsnachweis

- 7.3.1 Eine Auszahlung erfolgt erst nach der Verwaltungskontrolle gemäß Artikel 24 der Verordnung (EU) Nr. 65/2011 und damit nach Vorlage von quittierten Rechnungen. Die Rechnungs- und Zahlungsbelege (Originale) sind in der Thüringer Aufbaubank zur Prüfung und Kennzeichnung (in der Regel Stempelaufdruck) vorzulegen und zum Zwecke weiterer Prüfungen aufzubewahren.

- 7.3.2 Der Verwendungsnachweis ist spätestens 6 Monate nach Abschluss des Vorhabens an die Thüringer Aufbaubank zu übersenden.

Im Fall laufender Verfahren über die Gewährung von Investitionszulagen ist der Verwendungsnachweis zunächst vorläufig zu prüfen unter dem Vorbehalt der abschließenden Prüfung nach Vorlage des Investitionszulagenbescheides.

7.4 Sonstige Vorschriften

- 7.4.1 *Anwendung der Vergabevorschriften und der beruflichen Prüfung*

Aufträge sind nur an fachkundige und leistungsfähige Anbieter nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu wirtschaftlichen Bedingungen zu vergeben.

Die Auftragsvergabe kann freihändig erfolgen; vor Vergabe sind grundsätzlich drei Angebote anzufordern. Falls weniger als drei Angebote vorgelegt werden können, ist dies zu begründen und schriftlich nachzuweisen.

Art und Umfang der Vergabe sowie Begründung der Entscheidungen sind zu dokumentieren.

Wenn der Gesamtbetrag der Zuwendung weniger als 25.000 € beträgt, ist eine direkte Vergabe möglich. Die

Investitionszulage nach dem Investitionszulagengesetz findet hierbei keine Berücksichtigung.

Ziffer 3 der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (Anlage 2 der VV Nr. 5.1 zu § 44 ThürLHO) findet keine Anwendung.

Die berufliche Prüfung entfällt grundsätzlich.

Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die VV zu § 44 ThürLHO sowie die §§ 48, 49 und 49 a des ThürVwVfG, soweit nicht in dieser Richtlinie oder im Zuwendungsbescheid Abweichungen zugelassen worden sind.

8 Prüfungsrecht

Die Bewilligungsbehörde, die zuständigen Dienststellen der Europäischen Kommission sowie weitere berechnigte Stellen lt. VO (EG) Nr. 1698/2005 sind berechnigt, Bücher, Belege und sonstige Geschäftsunterlagen anzufordern und zu prüfen sowie die Verwendung der Zuwendung durch örtliche Erhebungen zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen (§ 44 Abs. 1 Satz 3 ThürLHO). Die Prüfungsrechte des Thüringer Rechnungshofes (§ 91 ThürLHO) sowie des Bundesrechnungshofes und des Europäischen Rechnungshofes bleiben davon unberührt.

9 Transparenz

Nach Maßgabe der Verordnung (EG) Nr. 1290/2005 und der Verordnung (EG) Nr. 259/2008 in der jeweils gültigen Fassung sind Informationen über Zahlungen und die Empfänger von Mitteln aus dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zu veröffentlichen.

Die Veröffentlichung erfolgt im Internet. Die einschlägigen datenschutzrechtlichen Bestimmungen bleiben unberührt.

10 Controlling

Die Fördermaßnahme wird durch den Zuwendungsgeber einer Zielerreichungskontrolle (Controlling) gemäß den Verwaltungsvorschriften zu § 23 ThürLHO unterzogen.

11 Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Diese Richtlinie gilt bis zum 31.12.2015.

Jürgen Reinholz
Minister für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz

Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz
Erfurt, 18.09.2013
Az.: 32-92160-22064/13
ThürStAnz Nr. 41/2013 S. 1538 – 1541